

Bericht zur Gemeinderatssitzung am 30.11.2021

1) Einwohnerfragestunde

Hier: Photovoltaikanlage Feuerwehrhaus

Aus den Reihen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner kam die Rückmeldung, dass die Beauftragung eines neuen Gutachtens zu geeigneten Photovoltaikflächen positiv wahrgenommen werde. Es bestand allerdings die Frage, warum diesbezüglich das Feuerwehrhaus nicht in Betracht gezogen und geprüft worden sei. Bürgermeister Reichert verwies auf den Tagesordnungspunkt 3, in dem das Thema Photovoltaik detailliert aufgegriffen wird.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

2) Einwohnerfragestunde

Hier: Gemeinderatssitzungen Homepage / Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner wurde die Frage gestellt, warum die Gemeinderatssitzungen auf der Webseite der Gemeinde Ofterdingen ohne Uhrzeit eingestellt sind und weshalb die Einwohnerfragestunde, Einwohnerfragestunde heißt, obwohl keine ganze Stunde zur Verfügung steht. Bürgermeister Reichert vermutete, dass sich dies so eingebürgert habe, da die Gemeinderatssitzungen seit jeher um 19:00 Uhr beginnen. Man könne die Uhrzeit aber in Zukunft wieder hinzufügen. Das Wort Einwohnerfragestunde sei keine Zeitangabe, sondern ein Begriff für die Möglichkeit der Bürger, sich zu Wort zu melden.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

3) Gemeindewald

Beschlussfassung Betriebsplan 2022 und vorläufiger Vollzug 2021

Bürgermeister Reichert begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Köberle, Leiter der Abteilung ‚Forst‘ beim Landratsamt Tübingen, und Herrn Gerster, den für Ofterdingen zuständigen Förster. Herr Köberle vermittelte dem Gemeinderat zunächst einen Überblick über die Witterung und das Klima im Jahr 2021. Im Vergleich zu den vergangenen drei Jahren, seien Temperaturverlauf und Niederschlagsrate wieder deutlich wald- und naturfreundlicher gewesen. So habe sich der Wald ein wenig erholen können. Nachfolgend ging Herr Köberle auf den Holzeinschlag 2021 in Ofterdingen ein: Während 2020 nur 13 % des Holzeinschlages geplant waren, seien es 2021 45 % gewesen. Vergleichsweise wenig Holzeinschlag sei aufgrund von Wetterbedingungen, Insekten oder Pilzbefall notwendig gewesen. In Summe seien 990 Festmeter eingeschlagen worden. Auch die Holzmarktsituation habe sich merklich verbessert. Herr Köberle verdeutlichte das am Beispiel der Leitbaumart ‚Fichte‘, welche in Ofterdingen zu 24 % vertreten sei: Für diese liege der Preis aktuell mit 100 -110,- € auf dem zweithöchsten Wert im Zeitraum seiner Berufslaufbahn. Auch die Preise für Laub- und Schnittholz seien momentan befriedigend. Ziel sei es, das Preisniveau zu halten. GR Müller fragte, was auf den Flächen der eingeschlagenen Fichten gepflanzt werde und ob hinsichtlich des Klimas etwas bei der Saat-Wahl

zu bedenken sei? Förster Gerster erklärte, dass soweit wie möglich mit Naturföugung gearbeitet werde. Zeige dies nicht das angestrebte Ergebnis, werde nicht durch das Pflanzen neuer Bäume, sondern durch die Förderung erwünschter Bäume – einer sogenannten Jungbaumpflege – eingegriffen. Auch die Jagd habe Einfluss auf den Wald, da ein erhöhter Tierbestand auch einen erhöhten Nahrungsbedarf mit sich bringt. Eine gezielte Kontrolle des Tierbestandes, könne auch Baumschäden reduzieren.

Auf die Frage des Gemeinderates, inwieweit aktuell Krankheiten, Pilz- oder Schädlingbefall vorlägen, berichtete Förster Gerster, dass die Ahorn-Rußrindenkrankheit aktuell nur an einer Stelle festgestellt worden sei. Diese könne gut in den Griff bekommen werden und sei für Bäume weniger schädlich. Gesundheitliche Folgen habe eher der Mensch, der damit in Berührung komme. GR Belser fragte, welche Preise für die Baumart Eiche erzielbar seien? Herr Köberle sah diese durchschnittlich bei 450,- € je Festmeter. GR Belser wollte des Weiteren wissen, wie sich die Preise bei astigem Holz verhalten: Früher sei dieses im Vergleich zu astfreiem Holz wenig nachgefragt und günstig gewesen. Er beobachte eine steigende Nachfrage an astigem Holz. Zeige sich dies auch in der Preisentwicklung oder bekämen die Sägereien das astige Holz weiterhin zu unverändert günstigen Preisen? Herr Köberle bestätigte GR Belsers Beobachtung und klärte auf, dass sich zwar auch die Preise für astiges Holz spürbar nach oben entwickelt haben, aber dennoch unter den Preisen für astfreies Holz lägen. Förster Gerster erklärte die Preissteigerung astigen Holzes auch damit, dass bei dessen Verarbeitung ein höherer Aufwand notwendig sei. Auf die Frage des Gemeinderates, ob das Holz direkt an die Sägewerke verkauft werde oder noch Händler zwischengeschaltet seien, bezeichnete Herr Köberle den Direktverkauf an die Sägewerke als üblichen Weg. Im weiteren Verlauf berichtete Herr Gerster über das Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Ansprüchen, die an einen Wald gestellt werden: Nutzen, Schutz und Erholung. Gerade durch Lockdowns und weitere Corona-Einschränkungen, sei der Wald von den Menschen wiederentdeckt und stark besucht worden. Zwar freue ihn das gestiegene Interesse, doch zeigen sich auch deutliche Konsequenzen: Die Besucher blieben nicht verlässlich auf ausgewiesenen Wegen, hinterlassen Müll und zeigten auch immer häufiger verständnislose Reaktionen auf Regelungen zum Naturschutz. Die Lenkung der verschiedenen Bedarfe nehme einen immer größer werdenden, zusätzlichen Teil seiner Arbeit ein und sei immer herausfordernder zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang erwähnte er, dass der ausgefallene Waldumgang vom 10.12.2021 voraussichtlich im Mai oder Juni 2022 nachgeholt werden soll. Viel Freude hätten ihm auch die Reaktionen auf den Weihnachtsbaumverkauf 2020 bereitet. Allerdings sei die Vergabe von Zeitfenstern, Berechtigungskarten, etc. auch sehr zeitaufwendig, sodass für dieses Jahr eine neue Lösung gefunden worden sei: Über das Termin-Buchungstool des Rathauses können Bürger auf dessen Webseite einen Termin reservieren. Der fällige Betrag solle dann an die Kontoverbindung des Jugendhauses überwiesen werden. Die Quittung diene dann als Berechtigungsnachweis, den Baum zu schlagen. Der Gemeinderat begrüßt diese Lösung einstimmig.

GR Schmid griff den Einfluss der Jagd auf den Baumbestand auf und verwies darauf, dass auch die Jagd durch die hohen Besucherzahlen des Waldes erschwert sei. Förster Gerster bestätigte dies und fügte hinzu, dass noch immer der Gedanke vorherrsche, die Jagd sei ein Freizeitvertreib der Reichen. Tatsächlich stelle die Jagd aber eine Dienstleistung und harte Handwerksarbeit dar. Zwar zeigen die Jäger Verständnis für die Waldbesucher, doch sei es zutreffend, dass auch hier ein Spannungsfeld bestehe. Der Gemeinderat signalisierte Anerkennung für die Forstarbeit und bedankt sich für Herrn Gersters Einsatz.

Bürgermeister Reichert lenkte den Austausch auf den Beschlussvorschlag, den Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2022 in den Haushaltsplan 2022 einzuarbeiten und den vorläufigen Jahresabschluss 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

4) Eignung der Gemeindegebäude für Photovoltaiknutzung Hier: Bericht durch Hr. Schneider (Agentur für Klimaschutz Tübingen)

Bürgermeister Reichert erteilte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schneider von der Agentur für Klimaschutz Tübingen das Wort:

Nach einer kurzen Vorstellung berichtete Herr Schneider, dass zu Beginn des Prozesses zunächst drei Flächen zur Prüfung ausgewählt worden seien. Kriterium seien dabei ein hoher Stromverbrauch und große Dachflächen gewesen. Zusätzliche Voraussetzungen seien darin gelegen, dass die Gebäude eine tragfähige Unterkonstruktion sowie im Inneren Raum für die notwendige Technik besitzen. Ziel sei es, dass die Module frei lägen – wobei eine ständige Sonneneinstrahlung nicht notwendig ist. Da im Falle der Gemeinde Ofterdingen kein Energie-Speicher vorgesehen sei, solle der erzeugte Strom auch direkt verbraucht werden. Eine erhöhte Produktion zu Stoßzeiten stelle daher eine Überproduktion dar, die in Randzeiten keinen Nutzen hat und versickert. Im Fokus stünden daher Flächen, die zwar möglicherweise über eine leicht eingeschränkte, aber dafür konstante Sonneneinstrahlung verfügen. Hier erzeuge man zwar etwas weniger Leistung, könne diese aber über den Tag verteilt abrufen. Dies wirke sich besser auf den Eigenverbrauch aus. Anhand dieser Kriterien habe man zunächst drei passende Flächen identifiziert: Burghof-Halle, Zehntscheuer, Kindergarten Ursulastraße/ Bambini. Die Amortisation liege je nach Fläche zwischen 7 und 16 Jahren.

GR Martin Lutz freute sich, dass das Thema Photovoltaik angegangen wird und fragte, ob der erzeugte Strom bei einer Überproduktion auch in E-Tankstellen fließen könne. Hierfür könne man auch über einen Speicher nachdenken. Oder seien entsprechende Überlegungen aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen worden? Zudem wollte er wissen, weshalb das Feuerwehrhaus nicht in Betracht gezogen worden sei. Herr Schneider erklärt, dass für Ofterdingen keine Speicherung vorgesehen sei: Dies lohne sich vorzugsweise bei Gebäuden, welche auch nachts einen Stromverbrauch hätten. Bei Schulen, Hallen, KITAS, etc. sei dies nur sehr eingeschränkt der Fall. Ein Speicher müsste zudem deutlich früher erneuert werden, als der Rest der Anlage. Bei Bedarf könne er aber jederzeit nachgerüstet werden. E-Tankstellen zu betreiben stelle eine komplizierte Herausforderung dar, zu der Herr Schneider aktuell nicht rate – der rechtliche Rahmen sei zu schmal. Wenn, dann zöge er höchstens die Versorgung des gemeindeeigenen Fuhrparks in Betracht.

Bürgermeister Reichert betonte, dass es zunächst einmal wichtig sei, den richtigen Weg einzuschlagen. Mit der Zustimmung des Gemeinderates könne man dann Schritt für Schritt weiter in die Detailplanung gehen. Zunächst sollen die Planungskosten entsprechend Herrn Schneiders Ausführungen in den Haushalt 2022 einfließen. Eine Umsetzung des Projektes stehe dann 2023 an. Bis dahin könnten auch weitere Möglichkeiten geprüft werden. GR Martin Lutz betonte, dass er daran interessiert sei, das Thema Photovoltaik vollständig umzusetzen. Bezüglich einer Verschattung der Paneele erwähnte GR Müller, dass dies nicht bedeute, dass kein Strom mehr produziert werde. Herr Schneider erklärte, die Photovoltaikflächen seien in Reihe geschaltet. Wird ein Modul verschattet, wirke sich das auf die anderen Module aus – ähnlich der Auswirkungen eines Unfalls auf den Straßenverkehr: Die anderen Autos könnten zwar theoretisch weiterfahren, doch würde die Straße durch den Unfall versperrt. Es gäbe allerdings technisch die Option, die verschatteten Module vorübergehend aus der Reihenschaltung auszuschließen, um dies zu verhindern. Vorab müsse das aber bautechnisch geprüft werden.

GRin Blaum griff GR Martin Lutz' Frage auf, weshalb das Feuerwehrhaus nicht geprüft worden sei? Bürgermeister Reichert erklärte dies damit, dass dort der Eigenverbrauch eher gering sei und die Leistung nicht abgerufen werde. Daher habe man sich zunächst auf andere, geeignetere Flächen konzentriert.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

5) Erweiterung Rathaus
Hier: Vergabe Elektroinstallation

Hauptamtsleiter Schwarz berichtete, dass die Hauptverteilung des neuen Rathauses verlegt werden müsse. Dies sei beschränkt ausgeschrieben worden. Die Firma Zürn habe als einzige ein Angebot abgegeben, welches von einem Fachingenieur geprüft und für korrekt befunden wurde. Es belaufe sich auf 29.036,83 €. Er schlug dem Gemeinderat vor, dieses Angebot anzunehmen.

Der Gemeinderat stimmte der Angebotsannahme einstimmig zu.

6) Schützenhäusle
Hier: Weiteres Vorgehen

Bürgermeister Reichert begrüßte zu diesem Thema den Archivar Werner Gimmel. Dieser habe den historischen Hintergrund des Schützenhäusles zusammengetragen.

Herr Gimmel berichtete, dass das Schützenhäusle seit seiner Erbauung im Jahr 1950 wechselhafte Zeiten erlebt habe: Kurz nach dem zweiten Weltkrieg sei dort das Dienstzimmer des Feldschütz untergebracht. In Zeiten des Mangels sei es wichtig gewesen, die Felder vor unbefugter Nutzung zu schützen. Gleichermäßen habe das Schützenhäusle als Unterstand für Feldarbeiter gedient. Mit steigendem Wohlstand sei ein Feldschütz überflüssig geworden und durch eine Absenkung des Fundamentes in den Folgejahren zunehmend Schäden entstanden. Nun sei es aus Gründen der Verkehrssicherheit abgesperrt. GR Martin Lutz erzählte daraufhin, dass er den Verfall des Schützenhäusles bereits eine Weile verfolge und die fehlende Intervention als Desinteresse der Gemeinde und der Bevölkerung gewertet habe. Daher habe er zunächst die Haltung gehabt, einen Abriss zu befürworten. Herr Gimmels Ausführungen haben ihm allerdings den kulturellen Wert des Schützenhäusles vor Augen geführt. Auch habe sich gezeigt, dass die Bürgerschaft und die Vereine sich für den Erhalt des Schützenhäusles stark eingesetzt haben. In Summe habe dies seine Meinung geändert, sodass er nun für eine Sanierung stimmen wolle.

Bürgermeister Reichert schlug vor, einen Statiker für eine Untersuchung und einen Kostenvoranschlag zu beauftragen. GR Belser stimmte GR Martin Lutz in seinem Erhaltungswunsch zu und bezeichnet das Schützenhäusle als Opferdingler Kulturgut. Gerne möchte er den Platz auch durch eine Grillstelle mit Infotafel wiederbeleben. Bürgermeister Reichert bezeichnete diese Ideen als nachfolgende Schritte. Schritt 1 sei zunächst die Beauftragung des Statikers. Herr Gimmel warf ein, dass sich der Ort auch sehr gut eigne, um auf die Belange der Streuobstwiesen hinzuweisen.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

7) Kindertagesstätte Banweg
Hier: Beauftragung 2. + 3. BA Außenanlage

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch Bürgermeister Reichert in die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung verlegt.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

8) Bausachen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Angelegenheiten vor.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

9) Sonstiges

Hier: Areal Asperg

GRin Walter erkundigte sich nach dem Sachstand des Bebauungsplanes des Asperg-Areals. Bürgermeister Reichert informierte, dass am nächsten Tag, 01.12.2021, Gespräche mit dem Architekten-Büro Baldauf geplant seien.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

10) Einwohnerfragestunde

Hier: Photovoltaikanlage / Dachsanierungen Burghof-Halle

Aus den Reihen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner wurde die Befürchtung geäußert, dass die Photovoltaik-Installation auf den identifizierten Flächen nicht sinnvoll sei. Es wurde darum gebeten, auch mögliche Dachsanierungen der Burghof-Halle zu bedenken, da in einem solchen Fall zusätzliche Kosten anfielen.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.